

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates, liebe Mitbürger,

dies ist meine erste Haushaltsrede die ich halten darf, und ich habe mir vorgenommen mich kurz fassen.

Zum einen möchte ich die Dauer dieser Ratssitzung in der Corona Pandemie nicht über Gebühr ausdehnen, zum anderen sind Herr Krey und ich in dieser Konstellation nicht wieder wählbar, so dass wir uns parteipolitisches Geplänkel sparen können.

Wir, „Die Fraktion“, wollen in den nächsten 4 Jahren die Verkehrswende in unserer Gemeinde mit vorantreiben, der sich ja alle Fraktionen verschrieben haben, und Hennef grüner und vor allem **sozialer** gestalten. Die Herausforderungen des Klimawandels müssen konsequenter als bisher angegangen werden, um die Stadt auch für die jüngere Generation attraktiv zu halten. Dazu gehören neben der Verkehrswende, dem Ausbau erneuerbarer Energien und der Energieeinsparung auch eine bessere ökologische Stadtentwicklung. Dachbegrünungen, Fassadenbegrünungen, insektenfreundliche Bepflanzungen, ein Kampf gegen die Verschotterung unserer Vorgärten, eine Begrünung des Marktplatzes und noch vieles vieles mehr sind unverzichtbar.

Für alle diese Veränderungen aber braucht man Geld und Personal.

Hennef befindet sich, wie jeder weiß, in der Haushaltssicherung und die finanziellen Ausfälle, die Corona mit sich bringt, belasten die Finanzen zusätzlich. Unser Bürgermeister hat das bei der Einbringung des Haushaltes sehr eindringlich dargestellt.

Sparen ist also angesagt? Oder doch lieber eine Erhöhung der Einnahmen?

Für die Bürger beinhaltet dieser Haushalt nicht nur eine Erhöhung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer, sondern auch höhere Abwassergebühren. Zusammen mit den stark gestiegenen Energiepreisen und Wohnungsmieten wird das viele finanziell schwächer gestellte Mitbürger überfordern.

Im sozialen Wohnungsbau hinkt Hennef den anderen Gemeinden im Rhein-Sieg Kreis weit hinterher. Wie oft hören wir – wir ziehen nach Eitorf oder Windeck, hier kann man ja nichts Bezahlbares mehr finden. **Wir verdrängen also finanzschwache Mitbürger aus unserer Stadt!**

Und Menschen mit Wohnsitzauflage haben nicht mal die Alternative aus Hennef wegziehen.

Hier rächt es sich jetzt, dass eine Quotierung für den sozialen Wohnungsbau in der Vergangenheit immer und immer wieder abgelehnt wurde. Es müssen dringend neue Prioritäten beim Wohnungsbau gesetzt werden.

Dazu gehören auch die folgenden 3 Punkte:

Städtische Grundstücke sollten nicht mehr verkauft werden, sondern nur noch in Erbpacht vergeben werden, um diese Werte für unsere Nachkommen zu erhalten.

Wir können uns nicht mehr so viel Flächenversiegelung leisten, müssen also kompakter bauen. Zumindest im Zentralort.

Und letztendlich müssen wir auch dafür sorgen, dass Baulücken im Zentralort, wie an der Bonner Straße, konsequent geschlossen werden. Dafür müssen alle rechtlichen Mittel, diesen Zustand herbeizuführen, geprüft werden.

Auch die Erhöhung der Abwassergebühren lehnen wir als unsozial ab.

Dieser Schritt wäre nicht nötig, wenn bei der Wirtschaftsförderung etwas zurückgeschraubt würde. Dort einen Millionenverlust zu erwirtschaften, den wir dann durch höhere Abwassergebühren quersubventionieren müssen, halten wir für ungerecht – auch wenn so ein Vorgehen juristisch einwandfrei ist. Entweder müssen hier Stellen abgebaut werden oder andere Finanzierungsmöglichkeiten für diese Stellen gefunden werden, denn Hennef hat ja kaum noch eigene Grundstücke, die es zu vermarkten gilt.

Die Kindergartenbeiträge werden nicht erhöht und eine weitere Beitragsgruppe bis 30000 Euro Einkommen wird beitragsfrei gestellt. Dies begrüßen wir sehr. Eine vollkommene Beitragsfreiheit, die wir uns wünschen würden, ist durch die Kommune alleine leider nicht zu stemmen – hier müssen wir weiterhin auf das Land NRW hoffen.

Ärgerlich ist aber, dass die pauschalen Kürzungen der Lern- und Verbrauchsmittel in den Schulen auch unter einem neuen Bürgermeister immer noch nicht zurückgenommen wurden. Gerade in der jetzigen Situation brauchen Schulen mehr Geld für Materialien! Wenn solche Kürzungen zum Dauerzustand werden und nicht nur über wenige Jahre zur Konsolidierung genutzt werden, geht es an die Substanz.

Wir begrüßen sehr, dass das Land in diesem Bereich zusätzliche Fördermittel bereitstellt, um die Lernrückstände, die durch Corona entstanden sind, aufzuarbeiten. Aber das nimmt Hennef nicht aus der Pflicht – die eigenen Kürzungen im schulischen Bereich wieder zurückzunehmen.

Auch dass Schüler monatelang dem Digitalunterricht auf dem Handy folgen mussten - finden wir nicht akzeptabel. Nicht jede Familie hat einen Drucker um die Schulaufgaben auszudrucken. Und alle Orte wo man es hätte machen können, hatten in der Pandemie geschlossen. Hier hätte man diese Situation durch mehr Leihgeräte erheblich verbessern können. Dies betrifft vor allem auch unsere Asylbewerber und Geduldeten.

Warum wurde die große finanzielle Förderung für die Integration durch das Land nicht genutzt, um digitale Deutschkurse für die Flüchtlinge im ersten Halbjahr 2021 anzubieten?

Hier sehen wir große Versäumnisse der Stadt, auch finanziell Schwächere in der Pandemie ausreichend zu betreuen.

Wir haben mit der Situation, dass auch Kinder ab 5 Jahren jetzt geimpft werden können, Verständnis dafür, die kostspieligen Investitionen für Luftfilter in den Schulen zu streichen, weil Hennef finanziell damit überfordert wäre. Auch wenn wir das bedauern.

Dagegen können wir die Entscheidung, im Kindergartenbereich keine Luftfilter anzuschaffen, überhaupt nicht billigen.

Kindergartenkinder halten keinen Abstand – man kann ihnen keine Masken aufsetzen und sie sind besonders empfindlich, da ihr Immunsystem noch nicht ausgereift ist. Wir bitten zu bedenken, dass in unseren Kindergärten schon 8 Wochen alte Säuglinge betreut werden!

38 Prozent der Kinder die wegen Corona ins Hospital kommen sind unter einem Jahr alt und 9 Prozent 1 Jahr alt.

Besorgniserregend sind auch die Nachrichten über die Omikron Variante, die bei besonders vielen Kleinkindern zu einem Krankenhausaufenthalt führt.

Der Einsatz dieser Filter schützt ja nicht nur vor Corona- Viren, sondern auch vor Grippeviren – und sonstige Viren. Der Einsatz ist also auch weiterhin sinnvoll, wenn Corona mal nicht mehr so im Mittelpunkt steht.

Und die Kosten dafür, unsere Kleinsten zu beschützen betragen nicht einmal 400000 Euro. Dieser Betrag ist einmalig einzusetzen und die Folgekosten halten sich in geringen Grenzen.

Sagen Sie nicht, dass dieses Geld nicht da ist.

Zur Erinnerung: Dies ist der Verlust der beim Betreiben eines Kultur- und Heimathauses in Blankenberg jährlich hingenommen wird.

Und damit sind wir bei Stadt Blankenberg .

Auch wir sehen natürlich, dass die Stadtmauer saniert werden muss. Aber man kann die Sanierung zeitlich strecken. Beim Kölner Dom wird auch nicht in wenigen Jahren saniert, sondern kontinuierlich immer weiter. Wir könnten eine Bauhütte einrichten – und Jahr für Jahr sanieren. Es gibt auch noch andere Fördertöpfe (und einige Fördermittel haben wir ja auch schon bekommen).

Auch der Erneuerung der Feuerwache stimmen wir, wenn sie denn sparsam passiert, zu.

Aber alles in allem halten wir das Integrierte Handlungskonzept für Stadt Blankenberg für absolut überdimensioniert, es nimmt unserer Stadt fast sämtliche finanziellen Spielräume. Kann man

das Kultur und Heimathaus nicht zumindest in der zeitlichen Realisierung verschieben, wenn die Ratsmehrheit es denn unbedingt für notwendig hält? Und Besonders kritisieren wir die fehlende Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen aus Blankenberg.

Der OGS Anbau an der katholischen Grundschule in Hennef muss erst lautstark eingefordert werden, aber für Blankenberg wird ohne weitere Diskussion noch ein Hauskauf für 400000 Euro durchgewunken.

Dies zeigt deutlich, dass die Maßstäbe einfach vollends verschoben sind.

Dieses Mißverhältnis kann man aber auch an kleineren Dingen beobachten. Da wird in mehreren Ausschüssen darum gefeilscht, ob man das Machwerk, einen gemeinnützigen Verein, mit 5000 Euro weiterhin unterstützt. Einen Verein, der sich das ganze Jahr mit vielen Ehrenamtlern in unzähligen Stunden für Hennef einsetzt. 5000 Euro.

Andererseits wird unser Antrag abgelehnt die Aufwandsentschädigungen der Ausschussvorsitzenden neu zu berechnen. Was bedeutet hätte, dass jemand der nur einen Ausschussvorsitztermin im Jahr hat, statt 3756 Euro nur einmal 313 Euro an Entschädigung bekommen würde. Eine Ersparnis von über 3400 Euro bei nur einem Vorsitzenden. Zählen sie mal die Ausschüsse durch.

Sparvorschläge sind eher selten hat der Bürgermeister in seiner Haushaltsrede gesagt, aber wo sie die Taschen der Politiker treffen, werden sie abgelehnt. Das ist zum Fremdschämen und fördert die Politikverdrossenheit.

Mit Einsparungen dieser oder ähnlicher Art hätte man einen Bürgerhaushalt, wie in Bonn-Beuel, einrichten können. Um mehr direkte Beteiligung der Bürger an unserer Stadtentwicklung zu bekommen. Dieses Ziel werden wir weiter verfolgen.

Mit Freude haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Stelle Flüchtlinge in Arbeit zu bringen aufgestockt wurde, dies spart uns langfristig einiges an Sozialleistungen. Jeder, der wie ich schon Jahre dabei ist, Menschen in Arbeit zu bringen, weiß, was das an zeitlichem Aufwand bedeutet.....

Da die neue Regierung plant die Arbeitsverbote aufzuheben, werden wir hier im nächsten Jahr einen stark erhöhten Bedarf haben, Langzeitarbeitslose zu vermitteln. Das eingestellte Geld ist aus unserer Sicht dazu nicht ausreichend. Auch hier wäre die Umsetzung unsere Sparvorschläge besser angelegtes Geld gewesen.

Die Erarbeitung eines Mobilitätskonzeptes begrüßen wir wie alle Fraktionen, aber man muss sich im Klaren sein, dass es Jahre dauern wird, bis es zur Umsetzung kommt. Bis dahin darf man nicht untätig sein. Wir können nicht zusehen, wie die schwächeren Verkehrsteilnehmer weiter benachteiligt werden. Es kann nicht sein, dass man immer erst tätig wird – wenn Blut geflossen ist und ein „Unfallschwerpunkt“ definiert ist.

Auch eine schnelle Realisierung der Radstation auf dem Place le Pecq halten wir für unbedingt notwendig. Und zwar nicht nur als Fahrradgarage.

Dieser Haushalt hat Licht und Schattenseiten. Nach reiflicher Überlegung sind wir deshalb zu dem Schluss gekommen, dass für uns die Schattenseiten - allem voran die unangemessenen Ausgaben in Stadt Blankenberg – überwiegen.

Deshalb werden wir den Haushalt ablehnen.

Wir wünschen allen hier anwesenden Mitgliedern des Stadtrates und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung ein schönes und ruhiges Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Astrid Stahn (Fraktionsvorsitzende)

Detlef Krey (Fraktionsgeschäftsführer)